

Heike Spielmans

---

### **Die Agenda 2030 – unsere Chance zum Umsteuern**

2015 wurde die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung von den 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet, darunter auch Deutschland. Mit ihr hat die Weltgemeinschaft sich verpflichtet, die globalen Herausforderungen wie Hunger und Armut, Klimawandel und Ressourcenverbrauch bis zum Jahr 2030 zu bewältigen. Kern der neuen Agenda sind 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung. Zu diesen zählen neben der Überwindung von Hunger und extremer Armut z. B. auch die Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen sowie nachhaltigen Produktions- und Konsummustern.

Die Agenda greift viele weitere wichtige und drängende Probleme unserer Welt auf und es ist bemerkenswert, dass sich 193 Staaten darauf einigen konnten. Zumal die vereinbarten Ziele für alle Länder gleichermaßen gelten, also für Ghana genauso wie für die USA, für Saudi Arabien genauso wie für Japan, für Bolivien genauso wie für Deutschland. Das bedeutet, dass beispielsweise Armut und soziale Ungleichheit auch in Deutschland bis 2030 überwunden werden sollen.

### **Was muss in Deutschland passieren?**

Der universelle Anspruch der Agenda ist auch deswegen wichtig und richtig, weil viele der Herausforderungen nur global gelöst werden können. Für Deutschland und die anderen Industrieländer bedeutet sie eine umfassende Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft, da ihre nicht-nachhaltigen Konsum- und Produktionsweisen ursächlich für viele Probleme in der Welt sind. Wir betrachten Teile von Asien und Afrika immer noch als kostengünstige Lieferanten von Rohstoffen, Textilien oder Nahrung. Menschen- oder Umweltrechte werden dabei gerne und oft übersehen – von den Produzenten, aber auch von uns, den Konsumentinnen und Konsumenten. Wenn von einem T-Shirt, das bei uns 4,95 Euro kostet, die Näherin nur etwa 18 Cent erhält, läuft etwas gewaltig schief.

Die Lebensbedingungen von Menschen im globalen Süden sind vielfach negativ beeinflusst aufgrund von politischen Entscheidungen der Bundesregierung und der EU. Genauso sind Umweltschäden und Klimafolgen oftmals auf die nicht nachhaltige Wirtschaftsweise Deutschlands zurückzuführen. Negative Auswirkungen haben insbesondere die Handels- und Agrarpolitik. Diese tragen massiv zur Verstärkung struktureller Ungleichheiten zwischen Staaten bei.

Und es gibt weitere Themen, bei denen es in Deutschland großen Handlungsbedarf gibt: Die Schere zwischen Arm und Reich wird auch hierzulande immer größer. In kaum einem anderen Industrieland bestimmt die finanzielle Situation einer Familie so sehr die Bildungschancen ihrer Kinder. Frauen bekommen im Durchschnitt für gleichwertige Arbeit immer noch rund 22 Prozent weniger Lohn als Männer. Wenn die Bundesregierung die neuen Ziele ernst nimmt, müssten auch in diesen Bereichen bis 2030 deutliche Verbesserungen erreicht werden.

Damit die Agenda 2030 ein Erfolg wird, müssen die unterzeichnenden Staaten konsequent und umfassend an ihrer Verwirklichung arbeiten. In Deutschland soll die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie die Basis für die Umsetzung sein. Diese sollte ursprünglich bis Ende 2016 verabschiedet werden. Derzeit sieht es nicht danach aus, dass das klappen wird. Ein erster Entwurf wurde von der Bundesregierung im Juni 2016 vorgelegt. In seinem Aufbau folgt er den 17 SDG und ordnet ihnen Maßnahmen und Indikatoren zu. Allerdings ergibt sich daraus noch nicht die notwendige umfassende sozial-ökonomische Transformation aller Lebensbereiche. Stattdessen wird weiterhin am Wirtschaftswachstum „als eine Grundlage des Wohlstands in Deutschland“ festgehalten. Der Konflikt zwischen Wachstum und der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen wird nicht deutlich genug thematisiert. Die Spannungen, die sich daraus für die Politik aber auch in der Gesellschaft ergeben, müssen thematisiert und bearbeitet werden.

Um der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in Zukunft mehr Durchsetzungskraft zu geben, müssen die mit ihr verbundenen Nachhaltigkeitsinstitutionen gestärkt werden. Die Kompetenzen des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung müssen erweitert werden. Der Beirat muss zu einer materiellen Nachhaltigkeitsprüfung aller Gesetzesvorhaben im Sinne eines „Nachhaltigkeits-TÜV“ befähigt werden.

### **Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft bei der Umsetzung?**

Die Zivilgesellschaft hat intensiv an der Erarbeitung der Agenda 2030 mitgewirkt und sich mit ihrem Wissen und mit viel Engagement in die Diskussionen eingebracht. Wir begrüßen, dass im Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Zivilgesellschaft eine wesentliche Rolle zugesprochen wird. Allerdings soll bislang nur geprüft werden, wie „die Belange der Zivilgesellschaft noch stärker einbezogen werden können“. Das ist uns zu wenig. Wir fordern regelmäßige, transparente und institutionalisierte Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft.

Das stellt uns als zivilgesellschaftliche Organisationen allerdings auch vor Herausforderungen. Wir müssen die neue Agenda über den Kreis entwicklungs- und umweltpolitischer Nichtregierungsorganisationen hinaus noch bekannter machen. VENRO konnte schon erfolgreich neue Kontakte, z. B. zu Sozialverbänden, knüpfen, aber in Bezug auf eine koordinierte Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Verbände und Netzwerke bei der Begleitung der Umsetzung bleibt noch viel zu tun.

Mit der Agenda 2030 ist der Weltgemeinschaft ein großer Wurf gelungen. Sie zielt auf eine sozial-ökonomische Transformation aller Lebensbereiche – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Eine solche Transformation ist eine große Aufgabe, aber haben wir eine Alternative?

Jedes Jahr sterben weltweit sechs Millionen Kinder vor ihrem fünften Lebensjahr. Mehr als eine Milliarde Menschen haben weniger als einen Euro am Tag zur Verfügung. 40 Prozent der Menschheit haben keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen. Der Klimawandel schreitet ungehemmt voran. Millionen Menschen werden ausgebeutet. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, können wir nicht mit einer Politik weitermachen, die zu diesen Krisen geführt hat. Und wir können nicht mit unserem bisherigen Lebensstil so weitermachen. Es geht jetzt darum, einen nachhaltigen Entwicklungsweg einzuschlagen, der Armutsbekämpfung, Gerechtigkeit, Umweltschutz, Frieden und Sicherheit ins Zentrum stellt.

Zugegeben, das ist keine leichte Aufgabe. Aber die Agenda 2030 bietet eine Chance zum Umsteuern – und wir sollten sie nutzen.

#### **Autorin**

**Heike Spielmans** ist Geschäftsführerin des Verbandes Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO).

**Kontakt:** [presse@venro.org](mailto:presse@venro.org)

#### **Redaktion**

**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)